

VBLA will auch weiterhin aktiv bleiben: Postkartenaktion und Musterbrief geplant

Weiteres Treffen der „Vereinigung der Bürgerinitiativen im Landkreis Aschaffenburg“

Kreis Aschaffenburg. Nicht in die große Politik einmischen will sich die „Vereinigung der Bürgerinitiativen im Landkreis Aschaffenburg“ (VBLA), sondern auf der -unteren Ebene-, vor Ort, aktiv werden, lautet ihr erklärtes Ziel. Am besten will man das gemeinsame Ziel in Kooperation mit den lokalen Gemeinderäten und Bürgermeistern erreichen - zur Not aber auch in Konfrontation-, wie Erhard Lorenz, Initiator der Vereinigung am Montagabend bei einem weiteren Treffen in Mömbris-Niedersteinbach erklärte.

Die VBLA, die sich mittlerweile einem entsprechenden hessischen Landesverband angeschlossen hat, will in den nächsten Wochen vor allem der möglichen Frustration einzelner Kämpfer und Gruppen entgegenwirken: Eine Ortsgruppe soll per Erfahrungsaustausch davon profitieren, was andere vielleicht schon initiiert oder erfahren haben. Und man will sich gegenseitig stärken - haben doch etliche die Erfahrung gemacht: - Am Anfang waren wir ein ganzer Haufen Leute, jetzt stehen wir auf verlorenem Posten da-.

Aktivisten berichteten

In diesem Sinne fingen die rund 20 Teilnehmer des Treffens am Montagabend im Gasthaus Zur Post in Niedersteinbach an, über den Stand ihrer Aktionen vor Ort zu referieren. Erhard Lorenz, auch Begründer der Niedersteinbacher BI, konnte dabei am weitesten ausholen und wohl auch die greifbarsten Ergebnisse berichten. So hat die BI Niedersteinbach Lorenz zufolge durch Informationsabende, Umfragen, Unterschriftensammlungen, Broschürenverteilung und eine Resolution erreicht, dass von den ursprünglich zwölf geplanten Antennen im Markt Mömbris nur die eine in Niedersteinbach in Betrieb genommen worden sei.

Planungen in Haibach

in Haibach plant man dagegen Größeres: Mitglieder der dortigen BI wollen sich einer Sammelklage anschließen, mit der sie vor einem amerikanischen Gericht gegen die Entwertung ihrer Grundstücke klagen wollen. Dabei zitierte die Haibacher Vertreterin am Montagabend ein Schriftstück des „Rings deutscher Makler“, demgemäß der Wertverlust von Immobilien rund um Mobilfunkantennen zwischen 20 und 30 Prozent betrage.

Kopfschmerzen, Allergien ...

In Goldbach steht die Gründung einer Initiative für senderfreie Wohngebiete erst noch bevor: In Niedersteinbach holten sich Goldbacher Bürger bei der Versammlung erste Tipps. Wie viele andere Mitglieder der Landkreis-Bürgerinitiativen sind sie auch selbst Betroffene: Sie berichteten am Montagabend von Schlafstörungen ihres Kindes und wurden von ähnlichen Erzählungen anderer bestätigt, die - stets in der Nähe von Mobilfunkmasten lebend - von Symptomen wie Kopfschmerzen, Unruhe, unerklärlichen gesundheitlichen Störungen, Nervosität, Schwindelgefühl oder Allergien handelten.

Die Johannesberger Fraktion kündigte an, dass Bürgermeister Michael Rosner am 10. Juni mit der „Agenda 21“ eine Informationsveranstaltung veranstalten wolle, zu der allerdings noch entsprechende Referenten gesucht würden. Außerdem waren am Montagabend Bürger aus Pflaumheim und Bürgstadt nach Niedersteinbach gekommen; Erlenbacher und Sulzbacher ließen ausrichten, ebenfalls Interesse an einer Zusammenarbeit zu haben.

Immer wieder wurde während des Treffens in Niedersteinbach die Befürchtung geäußert, das Anliegen der Initiativen werde erst in einigen Jahren wirklich ernst genommen- ähnlich wie in den Fällen radarstrahlengeschädigter Bundeswehrsoldaten, der Atomtechnik oder im Contergan-Skandal. Auch die Taktik der Mobilfunkbetreiber erschwere die Arbeit: So könnten Sendeantennen inzwischen oft nicht mehr als solche erkannt werden, weil sie mit einem Schmuckkamin umrahmt oder, besonders perfide, als Kreuz auf Kirchendächern getarnt würden.

Informationen im Internet

In Zukunft will sich die Gruppe, die im Internet unter www.vbla.de Informationen bereit hält, monatlich in wechselnden Landkreisgemeinden treffen. Als nächste Gemeinschaftsaktion soll an alle privaten und kommunalen Grundstückseigentümer, auf deren Gelände Antennen stehen, ein Musterbrief verschickt werden, in dem der Hinweis stehen soll, dass für Gesundheitsschäden bei Nachbarn nicht bloß die Betreiber, sondern im Rückgriff auch sie selbst haften würden. Außerdem soll eine Postkartenaktion in allen Ortschaften gestartet werden. mit der Betroffene ihre Meinung zum Thema „Mobilfunke“ direkt an den Landrat und weitere Kommunalpolitiker senden können. mgh